



Hurricane Rita: Es wird Zeit, dass die Verantwortlichen erkennen, dass sich die Natur nicht alles gefallen lässt.

Umweltprobleme
Die Natur wehrt
sich

Grüner Erfolg
Gentechnikfreie
Milch

Spritpreise:
Vergleichszahlen

Stifts heimliche
Gönner...

Ein Traktor fährt
mit Speiseöl

Tatort Au

Klimaschutz

Eine Frage des Überlebens

Katastrophale Hurrikans in den USA, Taifune in Asien, verheerende Hochwässer in Europa: Der globale Klimawandel ist Realität, extreme Wetterereignisse werden immer mehr zum Normalfall. Wenn nicht bald etwas geschieht, wird der Klimawandel zur Überlebensfrage.

KlimaforscherInnen und große Versicherungen warnen seit Jahren vor einer Zunahme von Extremwetterereignissen. Hurrikans werden häufiger und stärker, Hochwasser kommen in immer kürzeren Abständen und schneller als früher, Starkregen und Hitzeperioden nehmen zu. Der Klimawandel könnte zum Klimakollaps und zur Existenzgefährdung der Menschheit führen. Eine Aufsehen erregende Studie hat im Oktober 2003 den Klimawandel als größere Bedrohung als den Terrorismus bezeichnet. Bis 2025 könnte der Golfstrom zum Erliegen kommen. Eine Neue Eiszeit könnte die nördliche Hemisphäre über-

ziehen. Eisstürme und Flutkatastrophen in Europa, Dürren im Süden der USA, Überflutung dicht besiedelter Küstenstaaten wie Holland oder Bangladesch, eine Verknappung bei Nahrung, Wasser und Rohstoffe und Millionen Umweltflüchtlinge wären die Folgen. Alles Panikmache von UmweltschützerInnen? Leider nein. Die Studie wurde vom Pentagon erstellt.

Die Folgen der Erderwärmung wurden in den letzten Wochen deutlich spürbar: Hochwasser in Bayern, Österreich und der Schweiz mit Milliarden Schäden; Taifune in Ostasien, die 150 Menschenleben kosteten; Katastrophale Dürreereignisse in Spanien und Portugal; Hurrikan-Katastrophe in New Orleans mit hunderten Toten und Schäden von 600 Milliarden Dollar – schätzt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung. Die Klimaforscher haben diese Entwicklung vorhergesagt. Die Regie-

Fortsetzung Seite 3

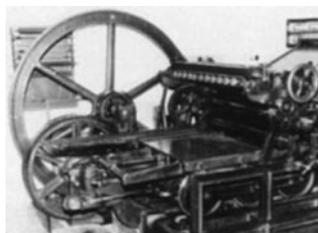
Spritpreismärchen entzaubert

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Seit der letzten Gemeinderatswahl erhalten Sie unsere Zeitung mit einem neuen Erscheinungsbild. Viele fragen uns seither ob wir nun auch auf umweltschädliche Hochglanzprodukte umgestiegen sind.

Das ist nicht so!

Wir haben die Druckerei gewechselt und lassen jetzt in der Druckerei Janetschek in Heidenreichstein drucken. Diese niederösterreichische Firma ist seit 1911 in Familienbesitz und beschäftigt derzeit 39 Mitarbeiter. Die Druckerei wurde 2003 mit dem Österreichischen Umweltzeichen für schadstoffarme Druckerzeugnisse ausgezeichnet. Produkte, die diesen Richtlinien entsprechen, werden mit mineralölfreien Farben auf ausgewählten Papiersorten – meist aus 100%-Recyclingmaterial – gedruckt. Außerdem kann bei der Herstellung der Druckplatten auf Filme und Entwicklungsschemie verzichtet werden, da die Daten in der neuen Computer-Anlage direkt



einst

vom Rechner auf die Druckplatten belichtet werden. In einem nächsten konsequenten Schritt hat die Druckerei den Betrieb auf Ökostrom umgestellt. Was uns besonders freut ist, dass die Qualität der Druckwerke hervorragend ist, und auch ein Preisvergleich zeigt, dass die Umweltschutzmaßnahmen sich nicht unbedingt in höheren Kosten niederschlagen müssen.



heute

Die Redaktion



Tradition: gegautscht wird wie früher

Alles ist relativ

Der teilweise verständliche Zorn über den rasanten Höhenflug der Spritpreise lässt bei vielen Menschen leider jeden Bezug zur Realität vermissen. Spritpreise machen erstens an sich nur ca. 20% der tatsächlichen Autokosten aus und sind in den letzten 50 Jahren zwar in absoluten Zahlen gestiegen, aber in der Relation zum Einkommen eklatant gefallen.

Dazu ein Beispiel:

Im Jahr 1954 betrug das Anfangsgehalt eines Pannenfahrers (Quelle 50 Jahre mobile Pannenhilfe – Öamtc) rund 124 Euro. Heute beträgt es 1652 Euro. Dafür bekam er

Ware	Jahr	1954	2005
Brot		486 kg	611 kg
Benzin		435 Liter	ca 1600 Liter
selbst bei einem Spritpreis von 2 Euro immerhin noch 826 Liter			
Fahrschein (Wiener Linien)		1300 Stück	1100 Stück

Was sieht man daraus, das einzige, das nicht nur absolut, sondern auch relativ teurer geworden ist: DER ÖFFENTLICHE VERKEHR, wer hätte das gedacht? Als die GRÜNEN vor einigen Jahren laut über einen Spritpreis von ca. 2 Euro nachdachten, kostete ihnen das beinahe die politische Existenz. Dabei haben sie aber nicht daran gedacht, damit Budgetlöcher des Finanzministers zu stopfen, oder Ölmultis zu fördern, sondern ganz einfach an notwendige Lenkungsmaßnahmen wie Förderung des öffentlichen Verkehrs, Verursacherprinzip sowohl bei der Straßenerhaltung als auch bei den ökologischen und ökonomischen Folgeschäden des Individualverkehrs und Kostenwahrheit bei den Transportkosten.

Es ist dabei vielleicht gar nicht so wichtig, ob das Erdölvorkommen in 30, 50 oder vielleicht erst in 70 Jahren zu Ende geht, sicher ist, dass es bald so weit sein wird. Vielleicht kann man dieses Ende noch durch weitere Zerstörung von bisher unberührter Natur und Verdrängung der Indigenen Völker aus ihren angestammten Regionen etwas hinauszögern. Sicher ist auch, dass es auch insbesondere in Hinblick auf den steigenden Energiebedarf von Staaten wie China oder Indien einen Umdenkprozess in den Industriestaaten geben muss.

Erika Simané

www.tulln.gruene.at

welkamm
Erika Grüll **Friseurmeisterin**

Tulln City Passage

 **02272/82255**

Di bis Fr 9 - 19, Sa 8 - 14 Uhr. Bitte anmelden

Die Natur schlägt zurück

Klimaschutz Eine Frage des Überlebens

Fortsetzung von Seite 1

rungepolitik in den USA, aber auch in Europa und Österreich hat nicht reagiert. Die Erderwärmung verursacht bereits jetzt hohe Kosten. 2004 ist das bisher teuerste Jahr in der Geschichte der Versicherungswirtschaft.

Bereits heute ist nachweisbar, dass der Klimawandel Österreich stärker trifft als andere.



Hurricane Ivan am

Der globale Temperaturanstieg seit 1860 bis heute beträgt im Mittel 0,6 Grad. Der Anstieg der mittleren Temperatur in Österreich seit 1860 beträgt 1,8 Grad. Die Zahl der Tage mit geschlossener Schneedecke ist heute bereits um zwei Wochen zurückgegangen.

Allein im Hitzesommer 2003 sind Österreichs Gletscher um bis zu 70 Meter zurückgegangen. Die Häufung der Hochwasserkatastrophen (1999, 2002, 2005) ist - neben schweren Fehlern in der Flussbau- und Raumordnungspolitik - auch ein Zeichen des Klimawandels.

Die Bundesregierung hat den Klimaschutz in den letzten fünf Jahren vernachlässigt. Die aktuellste Bestandsaufnahme des Umweltbundesamtes aus dem Jänner 2005 belegt die ernste Situation für Österreich: Um knapp 6% sind die Treibhausgasemissionen von 2002 auf 2003 angestiegen. Mit 91,6 Millionen Tonnen wurde da-

bei erstmals die 90-Millionen-Schallmauer durchbrochen. Zum Vergleich: Der Zielwert, den Österreich bis 2010 erreichen muss beträgt 67,5 Mio. Tonnen CO₂.

Österreich liegt derzeit also 30 Prozent über dem EU-rechtlich verpflichtenden Reduktionsziel. Es handelt sich dabei um den Beitrag Österreichs zum Kyoto-Ziel, welches insgesamt eine weltweite Reduktion der Treibhausgase um nur 5% bis 2010 (auf Basis 1990) vorsieht. WissenschaftlerInnen halten aber eine Reduktion der Treibhausgase um bis zu 80% (!) für notwendig, um den Klimawandel in den kommenden Jahrzehnten einzudämmen.



Hurricane Rita 24.09.05 - New Orleans

Der Schlüssel für erfolgreichen Klimaschutz liegt in einem radikalen Umdenken in der Energiepolitik. Die heutige Weltwirtschaft und auch Österreich hängen in hohem Ausmaß von den fossilen Energieträgern Erdöl und Erdgas ab, deren Verbrennung in Autos, Heizungen, Kraftwerken und Industrieanlagen die Hauptursache für den Klimawandel

ist. Erdöl wird auf Grund des enormen Verbrauchszuwachses (vor allem in China) in den kommenden Jahren knapp und wohl nie wieder billig sein. Die derzeitigen Rekordpreise sind laut Experten aus der Erdölbranche nur ein Vorgeschmack, der Ölpreis könnte in den nächsten Jahren auf weit über 100 Dollar pro Barrel steigen. Grund dafür ist laut Experten das Phänomen »Peak Oil«, also jener Punkt an dem die weltweite Ölförderung ihr Maximum erreichen wird und zu sinken beginnt. Experten rechnen mit diesem Wendepunkt in den nächsten 5 bis 20 Jahren, manche sind der Meinung, Peak Oil wäre bereits erreicht. Alternativen müssen dringend entwickelt werden. Die derzeit von manchen propagierte Renaissance der Atomkraft (neue AKWs in Finnland, Slowakei,



Dr. Eva Glawischnig-Piesczek
Foto Peter Korrak

terreichische Unternehmen zählen in einigen Bereichen zur Weltspitze (etwa Biomasseheizungen oder Solarenergie). Daneben braucht es eine Effizienzrevolution. 20 % des derzeitigen Energieverbrauchs könnten - ohne Komfortverlust - in Europa eingespart werden, sagt die EU-Kommission.

Zu geringeren Kosten als für den Bau neuer Kraftwerke anfallen würde. Leider will die Bundesregierung, auch getrieben von verschiedenen Lobbys, diese »Energiewende« nicht aktiv verfolgen. Im Gegenteil: Minister Pröll und Bartenstein wollen den Ökostrom-Ausbau bremsen und ein guter Vorschlag für eine EU-Energieeffizienzrichtlinie wird in Brüssel von Bartenstein verwässert.

Und das obwohl Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen einen deutlich höheren Beschäftigungseffekt als bei Investition der gleichen Summe in große Infrastrukturprojekte haben. Eine Studie im Auftrag der EU rechnet beispielsweise für Österreich bei vermehrten Investitionen in erneuerbare Energieträger mit zusätzlichen 62.000 Jobs bis zum Jahr 2020.

Abg. z. NR Dr. Eva Glawischnig-Piesczek
stv. Bundes- und Umweltsprecherin der Grünen

Slowenien etc.) ist der falsche Weg. Atomenergie ist gefährlich, das Atommüllproblem ungelöst und Uran ebenfalls eine begrenzte Ressource.

Was bleibt ist der Ausbau der erneuerbaren Energien (Biomasse, Wind, Solarenergien etc.) in allen Bereichen (Strom, Wärme, Treibstoffe). Die Technologien sind vorhanden, ös-



Unter der Lupe

Im Sommer war ich in verschiedenen sozialen Einrichtungen in Tulln unterwegs, um mir einen Überblick über die Lebenssituation der in unserer Stadt lebenden Frauen zu machen. Dabei musste ich feststellen, dass in Tulln noch viel getan werden muss: Viele Frauen müssen nach wie vor die Kinderbetreuung und die Pflege von Angehörigen allein übernehmen. Sie erhalten kaum Unterstützung, weder vom Staat noch vom Partner und werden oft mit der Doppel- und Dreifachbelastung allein gelassen. Alleinerzieherinnen sind da besonders hart dran. Der Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Flexible Arbeitszeiten sind der wirtschaftliche Renner und werden überwiegend von Frauen ausgeübt. Über die Nachteile denken wenige nach. Zum Beispiel wer die Kinderbetreuung übernimmt. Frauen verdienen noch immer weniger für die gleiche Arbeit als Männer, auch in Tulln. Immer wieder sind auch Familien mit Kindern von Obdachlosigkeit bedroht – für sie fehlen Übergangswohnungen. All diesen Problemen werde ich mich in den nächsten Jahren stellen und Unterstützungsmöglichkeiten von Seiten der Gemeinde erarbeiten.

Liane Marecsek, Stadträtin für Frauen und Zivilschutz

Sicher. Gentechnikfrei

Von der NÖM-Milch zum Schnitzel. Die Grünen setzen auf gentechnikfreie Lebensmittel. Ganz Niederösterreich sollte zur »gentechnikfreien Zone« werden. Ein Meilenstein in der konventionellen Landwirtschaft und damit in der Produktion von Lebensmitteln ist die Umstellung der Niederösterreichischen Molkerei (NÖM) AG auf gentechnikfreie Milch. Das ist ganz im Sinne der KonsumentInnen und dient dem Schutz der BIO-Landwirtschaft.

Gentechnik in der Milch

Wenn man bis vor kurzem ein Glas Milch trank, wusste man nicht, ob die Kuh vorher Gentechnikfutter gefressen hatte oder nicht. Eine Deklaration auf der Verpackung sehen die Gesetze nicht vor, obwohl sich die Wissenschaft über die Unbedenklichkeit der Gentechnik noch uneinig ist.

Die Politik ist aus Grüner Sicht aufgerufen, nach dem Vorsorgeprinzip zu agieren. Gleich dem Motto: Weil wir trinken, was die Kuh frisst! Ein Großteil der KonsumentInnen lehnt Gentechnik bei Lebensmittel strikt ab. Das bekam auch die NÖM AG Ende 2004 durch eine Umfrage bestätigt. Ab diesem Zeitpunkt arbeitete der Milchriese ernsthaft am Projekt »Gentechnikfreie Milch«.

Gentechnik im Schnitzel

Was für die Milch gilt, muss auch für das Schnitzel gelten. Denn die gentechnikfreie Milch der NÖM AG ist neben den vielen BIO-Betrieben der Einstieg zum Ausstieg von Gentechnik-Futtermitteln in Niederösterreich. Wenn die hohen Bauernbund-Funktionäre nun endlich erkennen, dass die Grünen Recht hatten, muss das Land diesen Weg konsequent weiter gehen.

Ein Katalog mit Fördermaßnahmen für eine gentechnikfreie Produktion oder den Anbau von alternativen Futtermitteln sollte endlich erstellt

werden. Diese Maßnahme ist nachhaltiger als Beweihräucherungs-Kampagnen von Regierungsmitgliedern mit öffentlichen Geldern. Auf Druck der Grünen produzieren seit diesem Sommer ca. 2.400 BäuerInnen des zweitgrößten Milchriesen Österreichs Milch ohne Gentechnik-Soja. Den Grünen ist es gelungen, einen Schulterschluss zwischen konventioneller und biologischer Landwirtschaft zu erzielen. Schlussendlich liefern sich unsere Bauern beim Einsatz von Gentechnik-Futtermitteln großen Konzernen aus und machen eine BIO-Landwirtschaft unmöglich. Das Ziel muss ein totaler Ausstieg aus Gentechnik-Futtermitteln sein. Da werden die Grünen konsequent weiterarbeiten, bis auch Schnitzel & Co gentechnikfrei produziert werden.

LtgAbg. Helga Krismer

**Die meisten
schönen Schuhe sind
nette kleine
Folterkammern.**



**Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der
Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie
schönen Schuh. Sie werden sehen:
Unsere Auswahl hat Hand und Fuß.**

GEA
GehenSitztenLiegen

seit 10 Jahren in Tulln

3430 Tulln, Frauentorgasse 9, Tel. : 02272/66701

Treibstoffpreise und globale Temperatur im Höhenflug!

Erneuerbare Energie - die Energiewende ist nicht nur möglich, sondern dringend notwendig!

Die Zeiten, in denen wir von der bevorstehenden Erderwärmung und dem Erdölpreisanstieg gewarnt haben, sind nun vorbei. Nun sind wir alle betroffen und das Ende der Erhöhungen ist in beiden Fällen nicht erreicht. Für die nächsten 7 bis 10 Jahre wird von Matthew Simmons, einem Erdölexperten aus den USA, sogar ein Preis von 250 Dollar pro Barrel Erdöl für möglich gehalten. Der »Peak Oil« ist erreicht und nun können die Preise eigentlich nur mehr steigen. Daher muss vor allem für unsere Umwelt etwas getan werden. Der Einsatz von Biogas ist denkbar, doch dieses

kann man in Blockheizkraftwerken effizienter nutzen. Was können wir nun mit den alten Autos tun und wie sollen die Pendler reagieren? Diesel- und Benzinfahrzeuge lassen sich auf alternative Treibstoffe umrüsten. In Südamerika gibt es seit über 10 Jahren Programme zur Beimischung von Alkohol zum Benzin. Auch in Schweden wurde nun so eine Initiative gestartet, auch der

Kombinationsbetrieb mit Biogas wird angedacht. Beim Umrüsten von Dieselmotoren setzt man zurzeit auf Pflanzenöl. Speziell die älteren Wirbelkammerdiesel eignen sich gut, um Pflanzenöl dem Diesel beizumengen oder das Fahrzeug auf einen 100% Pflanzenölbetrieb umzurüsten. Bei modernen Dieselmotoren wird es schwie-



Ein Traktor fährt mit Speiseöl - Zukunft für unsere Bauern!

riger, aus diesem Grund sollte man sich vor einem Kauf eines Fahrzeuges erkundigen, ob es für den Betrieb mit Pflanzenöl geeignet ist, um nicht später den hohen Treibstoffpreisen ausgeliefert zu sein. Zahlreiche Firmen und Vereine bieten bereits das Umrüsten von Fahrzeugen auf Pflanzenöl an. Durch den hohen Preisunterschied (Pflanzenöl gibt es ab etwa 0,62 Euro/l) häufen

sich die Anfragen. Die Online-Zeitung www.oekonews.at beschäftigt sich regelmäßig mit diesem Thema und stellt auch Listen mit Umrüsterbetrieben zur Verfügung. Viele Landwirte produzieren bereits ihren eigenen Treibstoff und im ökologischen Landbau kann mit Bioölen auch eine CO₂-Einsparung von bis zu 75% gegenüber einem Diesel-PKW erreicht werden. Für neue Fahrzeuge muss aber ein neuer Weg eingeschlagen werden. Über 90% aller Fahrten sind kürzer als 100 km und dafür können auch Elektroautos eingesetzt werden. Diese verbrauchen wesentlich weniger Energie und verringern gleichzeitig

die Feinstaub- und Lärmbelastung. Strombetriebene Autos können damit auch eine gute Alternative sein, um Betriebskosten zu sparen. Hier hat man sogar die Möglichkeit das Auto daheim beim eigenen Blockheizkraftwerk oder an der Solarstromanlage aufzuladen.

Ing. Martin Litschauer
Bezirkssprecher der
Grünen Waidhofen/Thaya



Blickwinkel

Tulln - Hauptstadt der RadfahrerInnen?

Klare Antwort: NEIN! Man kann es sehen, wie man will: Radfahren im Gemeindegebiet von Tulln ist nicht unbedingt pures Vergnügen. Zwar wird seitens der Verantwortlichen immer wieder auf das große Netz an Radwegen hingewiesen, doch der Großteil davon entfällt auf die Donauländer. Dort sind sie nicht einer städtischen Infrastruktur, sondern reine Freizeitanlagen. Was bleibt ist weniger lobenswert. Viel Stückwerk, teilweise in erbärmlichem Zustand und nicht ungefährlich. Radler am Hauptplatz etwa sind gefährdete Exoten, weil man es bis heute nicht geschafft hat, den Verkehr in nur einer Richtung zu führen, oder - noch besser - diesen Platz autofrei zu gestalten. In der Bahnhofstraße dient der Radweg oft als Parkplatz, die beidseitig geführten Abschnitte auf der Königstetter Straße sind echte »Kanaldeckel-Rallyes«, der Bereich zwischen der alten Donaubrücke und dem Hallenbad ist bestenfalls für gute Mountainbikes geeignet!

Die löbliche Absicht der Gemeinde, mehr VerkehrsteilnehmerInnen zum Umstieg auf das Fahrrad zu bewegen, wurde bis heute nur halbherzig umgesetzt. Und die eine oder andere medienwirksame Aktion ändert daran auch nichts.

GR. Karl Baach

GRÜNER STAMMTISCH:

Wir treffen uns jeden letzten Donnerstag im Monat um 19^{30h}. Den jeweils genauen Treffpunkt entnehmen Sie bitte unserer Homepage www.tulln.gruene.at. Unter der TelNr.: 02272/66447 können Sie uns jederzeit eine Nachricht auf Tonband hinterlassen, oder uns aber auch von Ihrem Anliegen per Email unter tulln@gruene.at verständigen.





Grünes Teleskop

Bei der letzten Gemeinderatssitzung wurde beschlossen viele Gebühren in Tulln zu erhöhen. Wir Grüne waren gegen die Erhöhung der Fixkosten bei Wasser und Kanal.

Eine Erhöhung im Bereich der Verbrauchstarife halten wir aber für sinnvoll, schließlich gehört der Wasserpreis in Tulln zu den niedrigsten in ganz Niederösterreich. Wer kostbares Wasser verschwendet, soll dies auch in seiner Geldbörse spüren.

Kleinverbraucher und Wassersparer sollten aber durch möglichst niedrige Grundgebühren für ihr Verhalten belohnt werden.

Ganz wichtig ist uns die soziale Abfederung, die von der ÖVP bei den Wasser- und Kanalgebühren auch vorgesehen war. Durch unseren Vorschlag gibt es jetzt auch zusätzlich bei den Friedhofsgebühren eine soziale Abfederung und die Möglichkeit von Ratenzahlungen.

Die Bevölkerung wird diese Erhöhungen sicherlich spüren, was aber auch auf jahrelange Versäumnisse der ÖVP zurückzuführen ist.

Schon einen Extrablick wert: vor der Gemeinderatswahl war man nicht mutig genug diese Erhöhungen durchzuführen bzw. anzukündigen.

GR Mag. Rainer Patzl

Wer hat das Nibelungen-Denkmal bezahlt?

Mehr als EUR 550.000,- kamen von anonymen Spendern

In diesem Artikel über das Nibelungendenkmal soll es ausnahmsweise einmal nicht über sein Aussehen und sein Zustandekommen gehen, sondern »nur« um seine Finanzierung.

Die Kosten für das Denkmal und den Brunnen betragen mehr als EUR 800.000,-.

Die Kosten wurden zur Gänze durch Förderungen und Sponsoren aufgebracht. Mehr als EUR 550.000,- kamen allerdings von Sponsoren, die allesamt nicht genannt wurden. Bei der letzten Sitzung des Prüfungsausschusses wurden den Gemeinderäten Kontenblätter vorgelegt, bei denen die Namen der Spender mit schwarzem Filzstift übermalt wurden. Eine

ordnungsgemäße Kontrolle war damit nicht möglich.

Durch die Anonymität der Spender drängt sich nun der Verdacht auf, dass nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sein könnte.

Denn üblicherweise wollen

genannt werden. Möglicherweise wurden den mysteriösen Spendern Gegenleistungen vom Bürgermeister zugesichert – wir können es nicht überprüfen.

Ein wenig erinnern diese Geldflüsse an Gerhard Hirschmann

in der Steiermark für den auch von ominösen ÖVP-nahen Kreisen Geld aufgebracht wurde, damit er nicht gegen die ÖVP antritt. Dieser Versuch ist gescheitert.

Auch wir werden nicht locker lassen und alles versuchen um Licht ins Dunkel dieses Sachverhalts zu bringen. Herr

Bürgermeister Diese Angelegenheit ist für sie noch nicht ausgestanden!

GR Mag. Rainer Patzl



Wer finanzierte dieses Denkmal???

ÖVP für Gentechnik in Tulln

Die Katze ist aus dem Sack. Die Tullner ÖVP stimmte geschlossen gegen das Bekenntnis zur Gentechnikverordnung.

Bei der letzten Tullner Gemeinderatssitzung am 28.9.05 wurde ein Rahmenvertrag mit dem Land, der Universität für Bodenkultur und dem Austrian Research Centers Seibersdorf beschlossen, der Tür und Tor für die Gentechnik öffnet. So wird die Stadt Tulln der Universität für Bodenkultur 45-50 ha Flächen für die Versuchswirtschaft »Pflanzenwirtschaft und Pflanzenbiotechnologie« verpachten ohne genauere Informationen zu haben, was hier gemacht wird.

Die Tullner Grünen forder-

ten im Rahmenvertrag festzuschreiben, dass sich alle Vertragspartner an die Gentechnikverordnung in der jetzigen Form halten werden. Die ÖVP stimmte jedoch dagegen. Mit dieser Handlung wird klar, die Absicht des Landes NÖ, einer gentechnikfreien Region in Europa beizutreten, sind nur Schall und Rauch. Unter diesem Gesichtspunkt kann die Initiative gentechnikfreies Waldviertel des Landes NÖ nur als fadenscheinige politische Aktion bezeichnet werden. Die Bürgerinnen und Bürger werden hinters Licht geführt.

Die Forschung mit gentechnisch veränderten Pflanzen,

eine Freisetzung und eine etwaige Zulassung würde für die Landwirtschaft eine enorme wirtschaftliche Abhängigkeit bedeuten. Derartige Eingriffe in die Natur zerstören das ökologische Gleichgewicht und ein selbstregulierendes System. Die Auswirkungen eines solchen Eingriffes sind bis dato unbekannt.

Derzeit gibt es zwar die Gentechnikverordnung in Österreich, die eine Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen verbietet. Gesetzesänderungen in der Zukunft sind jedoch wahrscheinlich, wie wir das bereits in der EU verfolgen können.

GRn Liane Marecsek

Ein klarer Fall ?

Die Täter

Nicht der ausführende Holzfällertrupp, sondern die Auftraggeber: die Tullner Volkspartei. Aber Achtung, hier sind Wiederholungstäter am Werk, denn Schlägerungen in diesem und noch größerem Ausmaß kommen in dieser Au regelmäßig vor!

Die Mitwisser

Beispielsweise der sogenannte Umweltstadtrat Mag. Eisenschenk

Das Motiv

Alte Rechte einiger Tullner BürgerInnen, die mit diesen Schlägerungen für ein nicht mehr ganz zeitgemäßes Servitutsrecht entschädigt werden.

Die Tatzeit

Juli 2005, ein nicht ganz unbedenklicher Zeitpunkt. Jungvögel sind teilweise noch flugunfähig und somit chancenlos gegen brachiale Zerstörung ihres Lebensraumes, ganz abgesehen von den voll im Saft stehenden gesunden und vielfach noch jungen Bäumen!

Wieder einmal ein Fall für die Tullner Grünen! Denn offensichtlich ist gelebter Umweltschutz für die anderen Parteien nur eine leere Worthülse. Wo es nur irgendwie möglich ist, wird in unserer Gemeinde natürlicher Lebensraum zerstört und nicht erhalten! Muss das sein? Spielen Sie »Umweltdetektiv« und melden sie uns Ihre Beobachtungen an

tulln@gruene.at. Sprechen sie uns den Mißstand auf das Telefonband unter 02272/66447.

Jeden Dienstag von 14^h bis 17^h, ist das Grüne Büro Königstetterstrasse 48 - 56/5/3 besetzt.



Der Tatort - die Au am nördlichen Donauufer



Die Opfer - wieder einmal Bäume und Lebensraum für Tiere



Die Tatwaffen - schwerstes Gerät zum Bäume fällen



GRÜNSPECHT & LINDENBAUM

Sag mal Lindenbaum, jetzt haben wir uns schon länger nicht gesehen. Warst du auf Urlaub?

Aber ja doch, lieber Grünspecht. Ich war in Süd-Spanien. Was soll ich dir sagen, die ganze Zeit über sengende Hitze! Von wegen Sonne, Sand und Meer, alle dort haben sich nach kühlen Nächten und vor allem Regen gesehnt. Und, wie war dein Urlaub?

Meine Reise ging nicht ganz so weit, und Regen gab's auch genug: Ich war in Stifftausen. Hab' am dortigen Campingplatz genächtigt und bin dann mit dem Rad in der Gegend rumgefahren. War sehr erholungssam. Ist ein hübsches Städtchen!

Stifftausen? Davon hab' ich noch nie gehört. Wo liegt das eigentlich? Und was gibt es dort an Sehenswürdigkeiten?

Die Stadt liegt etwa 30 km westlich von Wien und auch an der Donau. Daher gibt's da zwei Brücken drüber, viele sehenswerte alte Gebäude und jede Menge Sprudel-Kreisel!

Grünspecht, was zum Kuckuck bitte ist ein Sprudel-Kreisel? So was ähnliches wie ein Geysir?

Aber geh, Lindenbaum! Kreisel sind Kreisverkehre, und Sprudel sind die Springbrunnen in

deren Mitte! Die sind übrigens eine echte Attraktion, die Leute kommen von nah und fern, nur um diese Sprudel-Kreisel zu sehen. Messeveranstaltungen hin und Donaubühne her, Schiele da und Museen dort, alles kein Vergleich!

Wieviele gibt's denn von denen? Und sind die nicht teuer? Wenn da an so vielen Plätzen Wasser verpritschelt wird, das kostet ja ganz schön. Vor allem, was da an Erhaltungs- und Betriebskosten anfällt. Wer bezahlt denn das alles?

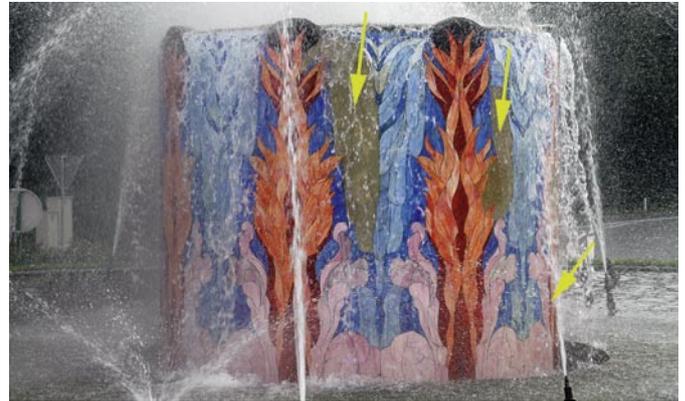
Mindestens 10 Sprudelkreisel gibt's da, Tendenz steigend. Nehme an, die Kosten werden überwiegend vom Gemeindebudget getragen. Aber der Bürgermeister will die unbedingt so haben, scheint eine Art Hobby von ihm zu sein! Da wären ja noch die ganzen Brunnen und Statuen, aber das ist eine andere Geschichte

So so, und warum heißt diese Stadt dann Stifftausen und nicht Sprudelhausen?

Na ja, Lindenbaum, weil der oberste Boss in diesem Städtchen Stift heißt, darum!

Grünspecht, da muss ich unbedingt hin! Und geregnet hat's den Sommer über auch viel? Herrlich, Wasser von oben UND von unten! So stell' ich mir meinen Traumurlaub vor!

Tulln im Bild



Steter Tropfen höhlt den Stein.

Mittlerweile lösen sich die nachträglich von Prof. Fuchs angebrachten Fliesen beim Brunnen im Kreisverkehr zu Langenlebarb flächig ab. Qualitätsarbeit? Dieser Brunnen ist und bleibt ein Fiasko



Ein Kreisverkehr um eine halbe Million!

Der neue Kreisverkehr bei der Zuckerfabrik reißt ein Loch von 500.000 Euros in die Tullner Stadtkassa. Alleine die Innenraumgestaltung kostete über 150.000 Euros. Also etwa 10 Euro je Tullner EinwohnerIn. War Ihnen Ihr Anteil das wert?



Das blieb vom Leopoldheim

Beim ehemaligen Leopoldheim ist die Nutzung des Grundstückes in Frage zu stellen. Statt eines Vorzeigeprojektes im Bereich Seniorenwohnungen mit Erhalt der Bäume kommt ein weiterer Diskontmarkt nach Tulln.